

■ Rot-Grün hat 2007-2009 eine umfangreiche »Schulreform« auf den Weg gebracht. In der Bürgerschaft betonte am 27. Mai 2009 Bildungsministerin Jürgens-Pieper, dass das Ziel die qualitative Weiterentwicklung des Schulsystems und die Verbesserung des Lernniveaus seien. Wer von uns hat etwas gegen eine qualitative Verbesserung des Schulsystems? Theoretisch keine Mensch – wenn nicht unsere Wirklichkeit in krassstem Widerspruch dazu stehen würde.

Nicht zu Ende gedachte Maßnahmen

Ziemlich zügig wurde nach dem Amtsantritt der Senatorin mit dem Umbau begonnen. Viele Maßnahmen wurden zeitgleich und schwindelerregend schnell eingeleitet – häufig ohne Beteiligung der Mitbestimmungsorgane, der Beschäftigten, der Eltern, der Beiräte und sogar der Bildungsdeputierten. Dabei zeigt sich jetzt, dass die Maßnahmen häufig ungenügend geplant und die Folgen nicht zu Ende gedacht waren. Dass so ein Umbau, wenn er denn für die Schüler zum Erfolg führen und die Beschäftigten nicht verschleifen soll, besonders gut ausgestattet werden muss – räumlich, materiell und personell – kann sich auch jeder an fünf Fingern abzählen. Aber leider ist dem nicht so! Alle Maßnahmen werden durchgezogen, obwohl die Bremer Bildung sowieso schon unterfinanziert ist und der Etat noch jährlich um 1,2 % gekürzt wird.

Eine ausreichende Ausstattung ist nicht vorhanden

Die Umwandlung der Schulzentren und Gesamtschulen in Oberschulen hat die Schulen und die KollegInnen unterschiedlich stark belastet. Viele Schulen hatten die Umsetzung der letzten Schulreform noch nicht zu Ende gebracht und waren dabei, eine Ganztagschule aufzubauen oder sollten es jetzt tun. Hinzu kommt an etlichen Oberschulen die Einrichtung von Oberstufen. Das Ziel, die Förderzentren aufzulösen und flächendeckend inklusiv zu beschulen, ist im 5. und 6. Jahrgang weitgehend um-

gesetzt. Selbstverständlich wird von den Lehrkräften erwartet, dass sie – vielleicht mit einer kleinen Fortbildung – all diesen Anforderungen von heute auf morgen gewachsen sind, zusätzlich und ohne Reduzierung ihrer Unterrichtsverpflichtung. Eine ausreichende Ausstattung mit entsprechendem Fachpersonal ist nicht vorhanden.

Wie kann die Behörde verantworten, dass schwer verhaltensauffällige oder autistische Kinder in Regelklassen »unterrichtet« werden, ohne dass es grundsätzlich eine volle Doppelbesetzung mit Lehrkräften plus persönlicher Assistenz für jedes dieser Kinder gibt, ausreichende Vertretungsreserven und eine räumliche Ausstattung, die diesen Kindern und allen anderen Kindern gerecht wird? Wen wundert es, dass viele LehrerInnen sagen, dass sie nicht mehr können oder wollen. Personalpflege, Motivation und Qualitätsentwicklung sehen anders aus!

Eine erschütternde Leichtfertigkeit

Innerschulischen Probleme sind nur eine Seite der Medaille. Die Umstrukturierungen führen dazu, dass der vorhandene Schulraum im SI-Bereich nicht mehr ausreicht. Die Schulen sind in der Regel räumlich ja nicht größer geworden, sollen aber jetzt Kinder mit Förderbedarf als Oberstufenschüler beschulen. Einige Oberschulen mussten zusätzliche fünfte Klassen aufnehmen, für die eigentlich kein Platz ist und die das Schulkonzept sprengen.

Da der Platz im Bremer Westen und in Blumenthal immer noch nicht ausreicht, werden kurzfristig zwei Schulneugründungen vorgenommen. Dass in dem einen Fall eine funktionierende Grundschule durch diese undurchdachte Hauruckmaßnahme belastet wird, ein Streichelzoo und ein Jugendfreizeithaus weichen müssen – im Brennpunktgebiet! – ist eine Folge.

Zum anderen wird ein funktionierendes Sek-II-Zentrum in Blumenthal zerschlagen, indem man Teile der Berufsschule auslagert und zum

Sommer drei fünfte Oberschulklassen aufnimmt, um eine neue Oberschule aufzubauen. Frei nach dem Motto: Was langfristig mit der Berufsschule wird, sehen wir später: »Es wird sich schon ein Objekt finden, das wir dann zerschlagen können.«

Die S-II-Zentren sind im Bremer Schulgesetz nicht mehr zu finden. Sie sind nicht mehr erwünscht, obwohl gerade dieser Bildungszweig deutschlandweit Anerkennung gefunden hat, sowohl bei den beruflichen Ausbildungsgängen als auch durch die ver-

Der Umbau der Bremer Schulen

schiedenen Möglichkeiten, die zum Abitur führen und vielen Schülern diesen Abschluss möglich gemacht haben. Die »Oberstufenreform« trägt nicht zur Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten bei. Mit der Umwandlung der Kurse in Klassenverbände in der E-Phase und der damit einhergehenden Einschränkung der Wahlmöglichkeiten werden schwächeren SchülerInnen Chancen auf das Abitur genommen – insbesondere, da die Gruppengrößen in der E- und in der Q-Phase viel zu groß sind. Auch hier führt die höhere Belastungssituation der Lehrkräfte ganz sicher nicht dazu, dass sie bessere individuelle Fördermöglichkeiten für die SchülerInnen haben.

Schulen werden mit einer Leichtfertigkeit geschlossen, zusammengelegt, umstrukturiert und neu gegründet, die erschütternd ist. Die Folgen für das Bildungswesen sind noch gar nicht abzusehen. Diese Schulreform hat ihren Namen nicht verdient! Die Alternative wäre und könnte immer noch sein, langfristig und umsichtig – unter Beteiligung aller Interessengruppen – zu planen und die Millionen, die zur Verfügung stehen, in die schon vorhandenen Schulen und bewährten schulischen Systeme zu stecken, um diese zu stärken.